

Aufruf des Parteivorstandes DIE LINKE zu Venezuela

DIE LINKE ruft zum Dialog auf und verurteilt den Putschversuch in Venezuela

Beschluss 2019/012

DIE LINKE ruft zum Dialog auf und verurteilt den Putschversuch in Venezuela

DIE LINKE verurteilt den Putschversuch gegen die Regierung in Venezuela. Die Anerkennung des selbsternannten Interimspräsidenten durch die USA und andere Regierungen und die Drohung mit militärischen Mitteln stellen einen Bruch des Völkerrechts dar, der unter keinen Umständen akzeptiert werden darf. Die Zeit der von den Vereinigten Staaten orchestrierten Putschversuche muss endlich ein Ende haben.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich klar gegen diesen Putschversuch zu positionieren. Die Äußerungen von namhaften Vertreterinnen und Vertretern der EU und der Bundesregierung, die sich zuletzt mit zeitlichen Ultimaten an die Regierung Maduro an die Seite der Putschisten und der USA gestellt haben, sind skandalös.

Kritik an der Regierung von Nicolás Maduro ist legitim und es ist das Recht der Menschen in Venezuela, ihren Unmut über die desolate Lage des Landes auf die Straße zu tragen. Dies rechtfertigt aber keinen Putsch. Die rechte Opposition in Venezuela agiert gefährlich und völlig unverantwortlich, dort werden auch gewaltförmige Machtwechsel als legitim betrachtet. Auch die Regierung Maduro und die Sicherheitskräfte rufen wir zur Mäßigung und zum Gewaltverzicht auf. Jedes Blutvergießen macht den Weg in den Bürgerkrieg wahrscheinlicher.

Die jüngste, insbesondere auch von außen befeuerte Eskalation ist brandgefährlich. Sie könnte in einen bewaffneten Konflikt münden, der die ohnehin schwierige Situation in Venezuela gravierend verschlimmern und die gesamte Region destabilisieren würde. Eine drohende Militärintervention durch die USA in Venezuela und ihre Unterstützung lehnen wir strikt ab.

Es gilt, mit aller Kraft für eine friedliche und politische Lösung durch die Venezolanerinnen und Venezolaner im Rahmen der venezolanischen Verfassung und ohne Einmischung von außen zu kämpfen. Wir rufen deshalb alle politischen Kräfte in Venezuela auf, auf den Weg einer Verhandlungslösung zurückzukehren. Der vor einem Jahr durch die Opposition abgebrochene Dialogprozess und das dabei entstandene „Abkommen über demokratisches Zusammenleben für Venezuela“ könnte Ausgangspunkt eines solchen Dialogs sein.

Die wirtschaftliche und soziale Situation in Venezuela hat sich in den letzten Jahren enorm verschlechtert, Hyperinflation, Versorgungsengpässe, wachsende Armut und massive Probleme im Gesundheitssystem sind Alltag geworden. Die Regierung von Präsident Nicolás Maduro ist nicht allein- aber mitverantwortlich für diese Entwicklung. Die Sanktionen der USA und der EU haben die Lage weiter verschärft und müssen beendet werden, um die wirtschaftliche und soziale Krise bewältigen zu können.

Ein äußerst zweifelhaftes Verhalten eines Tagungsleiters der Partei DIE LINKE auf dem EU-Bundesparteitag vom 22. bis 24. Februar 2019 in Bonn:

»Das war schon eine krasse Aktion ... Was ich verhindern konnte war, dass der Antrag zu Venezuela behandelt wird.«

Deutschland

Parteitagleiter der Linkspartei prahlt: "Konnte Soli-Antrag zu Venezuela verhindern"

26.02.2019 • 16:55 Uhr

<https://de.rt.com/itih>



Gregor Gysi bei seiner Rede, auf dem Europaparteitag Die Linke am 23. Februar 2019 in Bonn



Auf ihrem EU-Parteitag beschloss die Linke, sich nicht mit einem Venezuela-Solidaritätsantrag zu befassen. Führende Parteivertreter hatten dies mit "Zeitmangel" begründet. Nun reklamiert der Sitzungsleiter des Parteitages die Nichtbefassung als seinen Erfolg.

Aus dem Posteingang

-----Original-Nachricht-----

Betreff: **Bonner Parteitag**

Datum: 2019-02-27T13:16:51+0100

Von: "Dr. Marianne Linke" <marianne.linke@web.de>

Von meinem iPhone gesendet

»Das war schon eine krasse Aktion ... Was ich verhindern konnte war, dass der Antrag zu Venezuela behandelt wird.«

Unmittelbar anschließend an die Venezuela-Solidaritätsaktion am Sonnabend auf dem Parteitag hätte es sich angeboten, die bereits zwischen Cuba Sí und dem Parteivorstand erfolgte Einigung zum Venezuela Antrag per Akklamation zu verabschieden. Das hätte keine 30 Sekunden gedauert.

Die hasserfüllten Kommentare der bürgerlichen Medien zu dieser Solidaritätsaktion lassen ahnen, warum der Zeitplan diese 30 Sekunden nicht zuließ. Die Angst vor diesen Medien ist größer als der Respekt vor den Vielen, die vom Parteitag zu Recht ein klares Signal zu Venezuela erwarteten.

Der Beleg für diese Feststellung findet sich im Tagesspiegel vom 25. Februar 2019. Rico Gebhardt, der zum entsprechenden Zeitpunkt die Tagesleitung innehatte, äußerte gegenüber dem Blatt: **»Das war schon eine krasse Aktion ... Was ich verhindern konnte war, dass der Antrag zu Venezuela behandelt wird.«** Jeglicher Kommentar erübrigt sich hier.

Aus dem Bericht des Bundessprecherrates der Kommunistischen Plattform - Bonn und die Gesslerhüte - Erste Überlegungen zur 2. Tagung des 6. Parteitages der Partei DIE LINKE - PDF

* Der Begriff "Gesslerhut" steht redensartlich für die öffentliche Erzwingung untertänigen Verhaltens.

Ralf Krämer, 24.02.2019

Partei(tag) ohne Orientierung

Der Parteitag und die Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten der LINKEN für die Wahl zum Europäischen Parlament am 26. Mai zeigte eine in vielen Fragen politisch gesplante und orientierungslose Partei. Am deutlichsten wurde das sicherlich am Kernthema des Parteitags, dem Verhältnis zur Europäischen Union. Hier trafen grundsätzliche Ablehnung der EU, Kritik der EU mit der Perspektive ihrer grundlegenden Umgestaltung mit neuen Verträgen, Orientierungen auf Reformen im Rahmen der bestehenden EU und weitgehend unkritische Pro-EU-Haltungen aufeinander.

Aus dem Beitrag von Ralf Krämer, Mitglied des Parteivorstandes und des SprecherInnenrates der Strömung Sozialistische Linke in der Partei DIE LINKE

DIE LINKE ruft zum Dialog auf und verurteilt den Putschversuch in Venezuela

-----Original-Nachricht-----

Betreff: **PV-Beschluss zu Venezuela**

Datum: 2019-01-27T08:24:34+0100

Von: "Marianne Linke" <marianne.linke@web.de>

Liebe Freunde, zur Kenntnis;

Anfang der weitergeleiteten Nachricht:

Von: Pv44 [<mailto:pv44-bounces@info.die-linke.de>] **Im Auftrag von** DIE LINKE - Sekretariat PV

Gesendet: Samstag, 26. Januar 2019 17:34

An: pv44@info.die-linke.de

Betreff: [Pv44] PV-Beschluss zu Venezuela

Liebe Genossinnen und Genossen,

anbei der eben gefasste Beschluss zu Venezuela:

DIE LINKE ruft zum Dialog auf und verurteilt den Putschversuch in Venezuela

Freundliche Grüße

Claudia Gohde

Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE]

Kleine Alexanderstraße 28

10178 Berlin

Tel.: 030 / 24009-343

Fax: 030 / 24009-310

DIE LINKE ruft zum Dialog auf und verurteilt den Putschversuch in Venezuela

DIE LINKE verurteilt den Putschversuch gegen die Regierung in Venezuela. Die Anerkennung des selbsternannten Interimspräsidenten durch die USA und andere Regierungen und die Drohung mit militärischen Mitteln stellen einen Bruch des Völkerrechts dar, der unter keinen Umständen akzeptiert werden darf. Die Zeit der von den Vereinigten Staaten orchestrierten Putschversuche muss endlich ein Ende haben.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich klar gegen diesen Putschversuch zu positionieren. Die Äußerungen von namhaften Vertreterinnen und Vertretern der EU und der Bundesregierung, die sich zuletzt mit zeitlichen Ultimaten an die Regierung Maduro an die Seite der Putschisten und der USA gestellt haben, sind skandalös.

Kritik an der Regierung von Nicolás Maduro ist legitim und es ist das Recht der Menschen in Venezuela, ihren Unmut über die desolate Lage des Landes auf die Straße zu tragen. Dies rechtfertigt aber keinen Putsch. Die rechte Opposition in Venezuela agiert gefährlich und völlig unverantwortlich, dort werden auch gewaltförmige Machtwechsel als legitim betrachtet. Auch die Regierung Maduro und die Sicherheitskräfte rufen wir zur Mäßigung und zum Gewaltverzicht auf. Jedes Blutvergießen macht den Weg in den Bürgerkrieg wahrscheinlicher.

Die jüngste, insbesondere auch von außen befeuerte Eskalation ist brandgefährlich. Sie könnte in einen bewaffneten Konflikt münden, der die ohnehin schwierige Situation in Venezuela gravierend verschlimmern und die gesamte Region destabilisieren würde. Eine drohende Militärintervention durch die USA in Venezuela und ihre Unterstützung lehnen wir strikt ab.

Es gilt, mit aller Kraft für eine friedliche und politische Lösung durch die Venezolanerinnen und Venezolaner im Rahmen der venezolanischen Verfassung und ohne Einmischung von außen zu kämpfen. Wir rufen deshalb alle politischen Kräfte in Venezuela auf, auf den Weg einer Verhandlungslösung zurückzukehren. Der vor einem Jahr durch die Opposition abgebrochene Dialogprozess und das dabei entstandene „Abkommen über demokratisches Zusammenleben für Venezuela“ könnte Ausgangspunkt eines solchen Dialogs sein.

Die wirtschaftliche und soziale Situation in Venezuela hat sich in den letzten Jahren enorm verschlechtert, Hyperinflation, Versorgungsengpässe, wachsende Armut und massive Probleme im Gesundheitssystem sind Alltag geworden. Die Regierung von Präsident Nicolás Maduro ist nicht allein- aber mitverantwortlich für diese Entwicklung. Die Sanktionen der USA und der EU haben die Lage weiter verschärft und müssen beendet werden, um die wirtschaftliche und soziale Krise bewältigen zu können.